

Niederschrift

20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung -Sondersitzung-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.11.2018
Sitzungsbeginn:	20:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Kur- und Bürgerzentrum, Bürgersaal, Schlossplatz 9, 36129 Gersfeld (Rhön)

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Martin Gutermuth (FDP)

Mitglieder

Christian Frohnafel (CDU)

Rainer Goldbach (CDU)

Lisa Heller (CDU)

Hartwig Maehl (CDU)

Mario Möller (CDU)

Waldemar Niebling (CDU)

Matthias Schlag (CDU)

Rolf Banik (SPD)

Susanne Kolbe (SPD)

Helmut Müller (SPD)

Silvia Quillmann (SPD)

Susanne Rahm (SPD)

Hermann Reuß (SPD)

Tanja Weber (SPD)

Ralf Zinn (SPD)

Uwe Glück (BWG)

Klaus Grösch (BWG)

Andrea Hintzmann (BWG)

Mark Rehm (BWG)

Peter Vey (BWG)

Christoph Kammerdiener (FDP)

Jürgen Nix (FDP)

Heiner Marquardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Magistrat

Steffen Korell (CDU)

Harald Schäfer (SPD)

Andreas Müller (CDU)

Ilse Gutmann-Friedel (SPD)

Margarete Trinath (SPD)

Dieter Wepler (BWG)

Siegbert Simon (FDP)

Schriftführer

Thomas Niedling (Verwaltung)

Verwaltung

Klaus Niebling (Verwaltung)

Hakki Orhan (Verwaltung)

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Konstantin Neumann (CDU)

fehlt entschuldigt

Joachim Jenrich (CDU)

fehlt entschuldigt

Jürgen Melchers (CDU)

fehlt entschuldigt

Michael Gutermuth (SPD)

fehlt entschuldigt

Klaus Keidel (SPD)

fehlt entschuldigt

Michael Schneider (BWG)

fehlt entschuldigt

Karin Muhr (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

fehlt entschuldigt

Magistrat

Markus Meiß (CDU)

fehlt entschuldigt

Carl-Jürgen Pillmann (CDU)

fehlt entschuldigt

Knut Kersten (BWG)

fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Entscheidung über die Tagesordnung
2. Tagesordnung A
3. Tagesordnung B
4. Bau einer Kinderkrippe / eines Kindergartens - Standortentscheidung
5. Berichte
6. Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Entscheidung über die Tagesordnung**

Stadtverordnetenvorsteher Martin Guterath eröffnet die 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) im Bürgersaal; eine Sondersitzung zur Standortentscheidung Bau Kinderkrippe und Bau Kindergarten.

Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Eingeladen wurde durch Veröffentlichung im Internet auf der Homepage der Stadt Gersfeld (Rhön), durch Bekanntmachung im Gersfelder Rhönboten Nr. 46/2018 sowie durch persönliche Einladung mit Tagesordnung vom 15.11.2018.

Sodann stellt der Stadtverordnetenvorsteher die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 24 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend, die sich wie folgt auf die Fraktionen verteilen: CDU 7, SPD 8, BWG 5, FDP 3 Mitglieder und Bündnis '90/DIE GRÜNEN 1 Mitglied.

Zu Stimmzählern werden die Abgeordneten Susanne Rahm und Klaus Grösch ernannt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Tagesordnung vor und weist darauf hin, dass zu TOP 4 ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vorliegt. Wortmeldungen oder Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, weshalb diese als angenommen gilt.

zu 2 **Tagesordnung A**

zu 3 **Tagesordnung B**

Wortprotokoll:

Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth leitet kurz in das Thema ein und macht deutlich, wie wichtig es ihm sei, dass dieses für Gersfeld (Rhön) wichtige Thema „Standort der Kinderkrippe / eines Kindergartens - Standortentscheidung“ in einer Sondersitzung behandelt wird. Man solle sich die Zeit nehmen, in Ruhe alle Punkte zu diesem für die Stadt Gersfeld (Rhön) wichtigen Themas zu beleuchten, zu beraten, alle Beweggründe für das Für und Wider der beiden Standorte zu erörtern und dann abzustimmen. Diese Zeit wäre in der regulären Sitzung am 13.12.2018 voraussichtlich nicht vorhanden.

Bei dem Thema Standortentscheidung handele es sich aus seiner Sicht um eine Entscheidung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, sowie um ein Meilenstein für die städtische Weiterentwicklung der Stadt Gersfeld (Rhön).

Weiterhin bedankte sich der Stadtverordnetenvorsteher bei den Ausschussvorsitzenden und allen Stadtverordneten für die Zeit, für die konstruktiven Beratungen in der gemeinsamen Ausschusssitzung, sowie für die Anwesenheit an der Sondersitzung. Anschließend übergibt er das Wort an Bürgermeister Dr. Steffen Korell.

Der Bürgermeister berichtet ergänzend zur Beschlussvorlage und den Informationen aus der gemeinsamen Ausschusssitzung, dass mittlerweile eine - im Wesentlichen leicht kritische - Stellungnahme der Tanner Diakonie zum Standort "Am Schloßpark" vorliegt.

Anschließend fragt der Stadtverordnetenvorsteher die Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse ab. Über den Beschlussvorschlag des Magistrates haben die Ausschüsse in ihrer gemeinsamen Sitzung wie folgt abgestimmt:

HFA: 2:2:3, Bauausschuss: 4:0:3 und FGTSS-Ausschuss: 4:3:0.

Danach erfolgen die Stellungnahmen der Fraktionen:

Die CDU (Stellungnahme durch Abgeordneten Rainer Goldbach) wird nach in Augenscheinnahme des vorhandenen Kindergartens in der Danziger Straße (Bausubstanz gut erhalten) für den dortigem Standort stimmen, so dass perspektivisch dem Klinikum Fulda die Fläche "Am Schloßpark"/"Wolf-Hirth-Straße" als mögliches Gelände für einen Erweiterungsbau bleibt.

Für die SPD (Dr. Tanja Weber) ist es eine Frage der Höhe der Wahrscheinlichkeit ob und wann das Klinikum einen Erweiterungsbau plant oder die Fläche "Am Schloßpark" anderweitig benötigt wird. Dort solle eine Entwicklung stattfinden. Wichtig für den Kindergarten sind der SPD jedoch zwei Punkte: Das Fachpersonal sagt, dass die Einrichtungen nicht an zwei unterschiedlichen Stellen betrieben werden sollten und die Grundvoraussetzung für die Zustimmung, dass ein fünfgruppiger Kindergarten auf sehr enger Fläche eine größere Freispielfläche als auf dem vorhandenen Grundstück erhält (bisherige Planung zwar rechtssicher, aber nicht gut). Daher seien die Inhalte des gemeinsamen Änderungsantrages sehr wichtig.

Die BWG (Klaus Grösch) kann sich teilweise dem Ergänzungsantrag aus den genannten Gründen anschließen. Für den Standort "Danziger Straße" spreche vor allem, dass es die rationalste Lösung sei, wenn man sich die hohe Differenz von 3,5 Mio. € bei den prognostizierten Bau- und Baunebenkosten für die Entwicklung der beiden Standorte betrachte.

Die Diskussion innerhalb der FDP (Christoph Kammerdiener) sei durch einige Wegmarken geprägt gewesen: Die U3- und Ü3-Kinderbetreuung durch zwei räumlich getrennte Standorte nicht auseinander zu reißen zu wollen, die Synergieeffekte eines gemeinsamen Standortes zu nutzen zu wollen, die problematische Autistenheimnähe (Verweis auf das Schreiben der Tanner Diakonie) und vor allem das Risiko die Entwicklungschancen für das Grundstück zwischen Schloßpark und Wolf-Hirth-Straße zu verbauen (zweites Standbein für Gewerbe kann Gesundheitssektor sein; möglicherweise deutlich steigendes Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen). Man sei von Anfang an der Auffassung gewesen, am Standort Danziger Straße zu bauen, daher Zustimmung zum gemeinsamen Antrag aller Fraktionen.

Für Bündnis'90/GRÜNE wirbt Heiner Marquardt abschließend noch einmal für den gemeinsamen Antrag, der die Stadt in die Lage versetze unter Sparsamkeitszwängen, die Aufgabe zu Bauen ermöglichen ohne Entwicklungen zu verbauen. Daher Zustimmung zum gemeinsamen Antrag.

Dr. Tanja Weber (SPD) verliert den gemeinsamen Änderungsantrag (siehe Anlage) der Fraktionen der CDU, der SPD, der BWG, der FDP und Bündnis'90/DIE GRÜNEN, der den Beschlussvorschlag des Magistrates ergänzt. Die Ergänzung besteht zum einen aus dem Satz „Der Magistrat hat den Architekten unverzüglich anzuweisen, mit der Planung zu beginnen.“, der nach dem Satz „Auf diesem ist eine Kinderkrippe zu planen und zu errichten.“ eingefügt werden soll und zum anderen aus folgender Ergänzung, die am Ende des Beschlussvorschlags angefügt werden soll: „Die Grundstücke Flur 13, Flurstück 104 und ein Teil des Flurstücks 103 (Parkplatzfläche) sind als Freispielfläche zu entwickeln. Daher wird der Magistrat beauftragt, das Grundstück Flur 13, Flurstück 104 in städtisches Eigentum zu erwerben.

Bezüglich des Grundstücks Flur 13, Flurstück 112 hat der Magistrat eine rechtssichere Nutzung mit der evangelischen Kirchengemeinde zu vereinbaren.“

Weitere Wortmeldungen werden nicht abgegeben.

Bevor es zur Abstimmung kommt, weist Bürgermeister Dr. Steffen Korell darauf hin, dass eine Willensbekundung der Dritten jeweils vorliegt, aber noch nicht deren Zustimmung.

Da der durch den Änderungsantrag ergänzte Beschlussvorschlag der weiterführende Beschlussvorschlag ist, weist der Stadtverordnetenvorsteher darauf hin, dass dieser zuerst abgestimmt wird, wodurch im Falle der Zustimmung dazu eine Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag nicht mehr erforderlich ist. Anschließend verliert er den ergänzten Beschlussvorschlag (vergl. Anlage).

Beschluss:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.12.2017, Beschluss-Nr. 70/2017, Top 16, wird aufgehoben. Es wird beschlossen, dass der Standort „Danziger Straße“ als „Kinderbetreuungsstandort“ zu entwickeln ist. Das Grundstück Flur 13, Flurstück 130 ist anzukaufen. Auf diesem ist eine Kinderkrippe zu planen und zu errichten. Der Magistrat hat den Architekten unverzüglich anzuweisen, mit der Planung zu beginnen.

Der bestehende Kindergarten in der Danziger Straße ist, soweit nötig, zu sanieren und / oder zu renovieren und zu einer fünfgruppigen Betreuungseinrichtung auszubauen. Die Grundstücke Flur 13, Flurstück 104 und ein Teil des Flurstücks 103 (Parkplatzfläche) sind als Freispielfläche zu entwickeln. Daher wird der Magistrat beauftragt, das Grundstück Flur 13, Flurstück 104 in städtisches Eigentum zu erwerben.

Bezüglich des Grundstücks Flur 13, Flurstück 112 hat der Magistrat eine rechtssichere Nutzung mit der evangelischen Kirchengemeinde zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 22 Nein: 2 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 39/2018

zu 5 Berichte

Wortprotokoll:

Bürgermeister Dr. Steffen Korell gibt keine Berichte ab und verweist auf die zeitnah stattfindende, nächste Stadtverordnetenversammlung im Dezember.

Wortprotokoll:


Der Abgeordnete Peter Vey (BWG) fragt zum Bahnübergang Hettenhausen an, ob die Schlussrechnung bereits eingetroffen und ob die geplanten Fördergelder bereits eingegangen seien.

Bürgermeister Dr. Korell beantwortet die Frage wie folgt: Die Schlussrechnung liegt bei der Bahn zur Prüfung, so dass noch keine Abrechnung bei der Stadt Gersfeld (Rhön) eingegangen ist. Entsprechend wurden noch keine Fördermittel abgerufen.

Abschließend fragt der Abgeordnete Heiner Marquardt (Bündnis '90/DIE GRÜNEN), ob bereits Bewerbungen auf die freiwerdende und ausgeschriebene Bauamtsleiterstelle eingegangen seien.

Gemäß Bürgermeister Dr. Korell sind noch keine schriftlichen Bewerbungen eingegangen. Er berichtet darüber hinaus, dass die Frist noch bis Ende des Monats laufe und neben den Veröffentlichungen in der FZ und im Rhönboten Veröffentlichungen in entsprechenden Fachportalen stattgefunden haben.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung.



Vorsitzender
Martin Gutermuth



Protokollant
Thomas Niedling